

Gedenken an den Holocaust

Der Bezugspunkt der Erinnerungspolitik muss sich ändern

Von Ludger Fittkau

... Heute gibt es nur noch ganz wenige Zeitzeugen, sowohl bei den Opfern, als auch bei Tätern oder Mitwissern. Der Begriff „Erinnerung“ hat keine Zukunft. Zumindest wenn es um Auschwitz, Buchenwald oder Dachau geht. So sagte es auch der Historiker Volkhard Knigge, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald. In den Nachkriegsjahrzehnten, so Knigge, sei der Begriff der Erinnerung eine Metapher gewesen, die sich vor allem an die Zeuginnen und Zeugen des Holocaust wandte: Wir haben von nichts gewusst – das ist unglaublich! **Erinnert Euch an die Nachbarfamilien, die deportiert wurden! An die Dinge, die aus ihren Wohnungen geholt wurden. An die Berichte der Soldaten in der Familie von den Verbrechen an der Front, über die sie bisweilen beim Heimaturlaub berichteten. Doch von den direkten Zeitzeugen leben nicht mehr viele.**

Andererseits: Noch nie drängten so viele Menschen wie im vergangenen Jahr etwa in die KZ-Gedenkstätte Dachau. Etwa ein Drittel kommt in Schulklassen. Es mehren sich jedoch die Berichte darüber, dass die Jugendlichen sich in den Konzentrationslagern unflätig benehmen. Von zunehmenden Schmierereien ist die Rede. Viele der jungen Menschen, die mit ihren Lehrern heute die Lager besuchen, stammen aus Familien, die noch gar nicht hier lebten, als der Terror der Nationalsozialisten herrschte. Klar – auch sie müssen sich mit den schwärzesten Jahren der hiesigen Geschichte auseinandersetzen.

Doch mit einer Pädagogik der Überwältigung durch Filmbilder oder den Gang zu Resten eines Krematoriums wird die Aufklärung über das NS-System immer weniger gelingen.

„Das jüdische Gedächtnis an die Lager wird langlebiger, wird sehr viel dauerhafter sein“, stellte bereits 2005 Jorge Semprún fest. Gerade deswegen falle auf das jüdische Gedächtnis in Zukunft eine große Verantwortung. Es werde zum Bewahrer und Verwalter der Erfahrungen aller, nicht nur der jüdischen.

Den vergleichsweise wenigen Jüdinnen und Juden gerade in Deutschland sollte zwar auf keinen Fall die Hauptlast der Gedächtnisarbeit aufgebürdet werden. Deshalb ist die Finanzierung staatlich betriebener Gedenkstätten unabdingbar. Doch es ist wichtig, dass die jüdischen Museen in Deutschland und auch die jüdischen Gemeinden, die sich aktiv an der Aufklärungsarbeit beteiligen, großzügig unterstützt werden.

Die Stadt Frankfurt am Main und auch Offenbach sind da sehr positive Beispiele. Gerade erst wurde angekündigt, dass die Grundfinanzierung des bedeutenden Frankfurter Jüdischen Museums aufgestockt wird. Museumspädagogen gehen nämlich ganz bewusst in Berufsschulen der Region und diskutieren etwa mit jungen, muslimisch geprägten Schülerinnen und Schülern über jüdische Kultur und Antisemitismus. Ähnlich machen es ehrenamtliche Vorstandsmitglieder der Jüdischen Gemeinde Offenbach seit langem.

Der Bezugspunkt der Erinnerungspolitik kann heute nicht mehr der Geruch in den Lagern sein – sondern es geht um Dialog. Dafür braucht es viel Zeit und Raum. In Schulen, in Museen, im Radio oder auch in Internetforen. Dafür brauchen wir historisch ausgebildete Influencer, die den Fragen und womöglich auch Provokationen von Jugendlichen standhalten können. Das kostet Kraft, Mut und Geld – doch dies könnte nicht besser investiert sein. Denn es gibt ja keine Alternative zu den zwei Worten, die den Kern unserer Staatsraison bilden: Nie wieder!

https://www.deutschlandfunk.de/gedenken-an-den-holocaust-der-bezugspunkt-der.720.de.html?dram:article_id=469323